KURZ NOTIERT

Weltkriegsrelikt stört Karnevalsfeiern

HEINSBERG Eine US-amerikanische Zehn-Zentner-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg ist gestern Vormittag bei Erdarbeiten unmittelbar neben dem Heinsberger Kreisgymnasium gefunden worden. Der Kampfmittelräumdienst konnte die Bombe am Abend entschärfen. Dafür musste die Stadt in einem Radius von 500 Metern evakuiert werden. Anwohner hatten die Möglichkeit, in Turnhallen unterzukommen. Der Evakuierungsradius reichte bis in die Innenstadt hinein, weswegen auch einige Gaststätten, in denen Karneval gefeiert wurde, geräumt werden mussten. (ger)

Briten schließen die letzte Kaserne in NRW

BIELEFELD Mit einer feierlichen Zeremonie hat die britische Armee am Donnerstag ihre Kaserne in Bielefeld an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben. „Damit endet ein Projekt, das die britische Regierung im Jahr 2010 beschlossen hat“, erklärte der Sprecher der britischen Streitkräfte in Deutschland, Mike Whitehurst. Vor über zehn Jahren hatte England entschieden, rund 20.000 Soldaten der Rheinarmee und ihre Familien aus Deutschland abzuziehen und die dazugehörigen Kasernen, Schulen und Häuser in Abstimmung mit den Kommunen schrittweise aufzugeben. „Das ist jetzt abgeschlossen. Das heißt aber nicht, dass keine Soldaten mehr hier sind“, sagte der Armee-Sprecher. In Paderborn würden weiterhin zwei Kasernen betrieben, weil nach Wunsch der britischen Regierung der Truppenübungsplatz in der Senne weiter genutzt wird. Dazu seien Verwaltungseinheiten in Ostwestfalen stationiert. (dpa)

Technischer Defekt wohl Ursache für Busunfall

HILDEN Ein schwerer Busunfall in Hilden ist am Mittwoch möglicherweise durch einen technischen Defekt ausgelöst worden. Wie die Polizei mitteilte, deuten Aussagen des Busfahrers und weiterer Zeugen darauf hin, dass sich der Linienbus vor dem Unfall nicht mehr lenken und bremsen ließ. Das Fahrzeug hatte sich in einem Baum am Straßenrand verkeilt, zwei Jugendliche (16 und 17) waren verletzt in ein Krankenhaus gebracht worden. Der 53 Jahre alte Busfahrer und ein elfjähriges Mädchen erlitten einen Schock. (dpa)/Foto: Polizei

Fahrerin weicht Mann aus und tötet anderen

PADERBORN Eine Autofahrerin hat in Paderborn mit ihrem Wagen einen Mann tödlich erfasst, nachdem sie im Dunkeln einem anderen Fußgänger mit Taschenlampe ausgewichen war. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, hatte die 48-jährige Frau am Vorabend den Mann mit Hund und Taschenlampe am linken Straßenrand gesehen und war extra langsamer und weiter rechts gefahren. Dort ging aber ein dunkel gekleideter Fußgänger, den die Frau nicht wahrgenommen hatte. Der 53-Jährige sei von ihrem Auto erfasst und gegen die Frontscheibe geschleudert worden. „Dabei erlitt der Mann schwerste Verletzungen und verstarb noch am Unfallort“, teilte die Polizei mit. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion
02415101-429
Mo.-Fr. 10-18 Uhr
region@medienhausaachen.de

Das konspirative „Heldengedenken“

Seit Jahren treffen sich Neonazis auf Soldatenfriedhöfen der Region. Die Polizei ist machtlos. Anwohner sind verärgert.

MICHAEL KLARMANN

Kürzlich schon zum vierten Mal Ort des „Heldengedenkens“ von Neonazis gewesen: Der kleine Soldatenfriedhof Marienbildchen in Langerwehe-Merode. Anwohner fanden im Anschluss die Kränze mit einschlägig beschrifteten Schärpen und entfernten sie. FOTO: GUIDO JANSEN

AACHEN Rechtsextremisten nutzen seit Jahren Kriegsgräberstätten, Soldatenfriedhöfe und Ehrenmale, um dort konspirativ „Heldengedenken“ im Sinne der Nationalsozialisten abzuhalten. Am ersten Februar-Wochenende war es wieder soweit. Die Neonazis der Gruppierung „Syndikat 52“ (S52) und der Miniaturpartei „Die Rechte“ (DR) marschierten im Fackelschein und mit Reichsflagge in der Tradition der verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) auf dem Soldatenfriedhof Marienbildchen in Langerwehe-Merode auf. Behörden können derlei wegen des konspirativen Vorgehens nicht verhindern. Als Anwohner kurz darauf die Kränze entdeckten, deren Schärpen mit einschlägigen Aufschriften versehen waren, entfernten sie sie sofort. „Die wollen wir hier nicht“, sagte einer von ihnen gegenüber unserer Zeitung.

Jahrelang nutzten NPD und KAL den Soldatenfriedhof in Vossenack zwecks „Heldengedenken“ rund um den Volkstrauertag. Im November 2003 war die Polizei beim jährlichen Gedenken des Kreises Düren und des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge (VdK) sogar mit einer Hundertschaft vor Ort, um ein zuvor untersagtes Kommen der Rechtsextremen zu verhindern. Zwar erschienen diese 2003 nicht, dennoch konnte das die daraufhin regelmäßig konspirativ organisierten Treffen mit Fahnenappell, Fackelmärschen und Kranzniederlegungen nicht stoppen.

„Verhöhnung der Opfer“

Teils marschierte die rechte Szene auch nicht mehr am Volkstrauertag selbst auf, sondern kurz davor oder danach. Vor dem KAL-Verbot 2012 orientierte sich die braune Szene zudem stärker am historischen Nationalsozialismus. Hitler und die NSDAP hatten den „Heldengedenktag“ verlegt auf den fünften Sonntag vor Ostern. Somit trafen sich die Rechtsextremen meist im Februar.

S52 ist die Folgeorganisation der verbotenen KAL, rechtlich abgesichert als eine Art Freizeitverein unter dem Dach der Partei DR. Die KAL-Tradition halten beide aufrecht. Nach Recherchen dieser Zeitung hielten „Syndikat 52“ und der DR-Kreisverband Aachen-Heinsberg am 22. Februar 2015, am 4. Februar 2017 und jeweils Anfang Februar 2019 und 2020 „Heldengedenken“ auf dem Soldatenfriedhof Marienbildchen in Merode ab. Am Osterwochenende 2018 fand ein von S52 und DR konspirativ organisiertes größeres „Heldengedenken“ mit Fackelmarsch auf dem Soldatenfriedhof Vossenack statt.

„Heldengedenken“ in der Tradition der KAL fanden aber auch 2016 und 2017 im überschaubaren Kreis an der Gedenkstätte hinter dem Heinsberger Kreisgymnasium statt. Ein „Heldengedenken“ hielten DR und S52 auch im Mai 2017 am Kriegerdenkmal in Wassenberg ab. Im Februar 2018 hielten DR und S52 kleine „Heldengedenken“ anlässlich des Todestages des SA-Mannes und NS-Märtyrers Horst Wessel an Denkmälern im Kreis Heinsberg ab.

An einem Wochenende im November 2018 trafen sich Neonazis von S52 und DR nach Recherchen dieser Zeitung am Volkstrauertag auf Soldatenfriedhöfen oder an Mahnmalen in Viersen, Aachen, Merzenich, Heinsberg und Pulheim. So versammelte sich eine Handvoll zum Teil minderjähriger Neonazis bei Dunkelheit am Hochkreuz auf dem Waldfriedhof in Aachen, Ähnliches fand neben der Ruine der alten Ortskirche in Merzenich statt. Im Dezember 2018 hatten die Neonazis sogar an Heiligabend teils mit Fackeln im Kreis Heinsberg der „Helden“ gedacht. Am ersten Weihnachtstag versammelten sich 2018 einige minderjährige Mitglieder von S52 mit Grablichtern auf dem Waldfriedhof.

Der Landesgeschäftsführer NRW des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VdK), Stefan Schmidt, sagte dieser Zeitung auf Anfrage, der VdK sehe rechtsextreme „Heldengedenken“ auf den Friedhöfen als eine „Verhöhnung der Opfer“ der Weltkriege an. Man sei bemüht darum und stehe deswegen auch in Kontakt mit manchen Kommunen und Kreisen, derlei zu verhindern. Man habe aber bei heimlich geplanten „zwielichtigen“ Aktionen keine Möglichkeiten zu intervenieren.

Gleichwohl trete der VdK dafür ein, dass die Friedhöfe keine „Heldengedenkstätten“ seien und würden. In Vossenack weise etwa ein Schild kritisch auf das Grab des Generalfeldmarschalls, Hitler-Verehrers und Kriegsverbrechers Walter Model hin, sagte Schmidt. Eben das war 2018 am Wochenende eines rechtsextremen „Heldengedenkens“ stark beschädigt worden.

Diese Beschädigung ist laut Polizeisprecher Frank Plum auch der einzige Fall, bei dem die Polizei im Zusammenhang mit den rechtsextremen „Heldengedenken“ in den letzten Jahren Ermittlungen aufgenommen hat. Bisher habe man auch keines der konspirativen Treffen verhindert. „Wenn die Polizei von solchen Veranstaltungen erfährt, geschieht dies im Regelfall immer im Nachgang“, teilte der Polizeisprecher auf Anfrage mit. Und ergänzte: „Bei möglichen Verstößen gegen die Friedhofssatzung oder das Hausrecht kann die Polizei Maßnahmen für den entsprechenden Rechteinhaber treffen.“ Durch das konspirative Vorgehen sei dies aber bisher seit 2015 nicht der Fall gewesen, so Plum.

Mehr Geld für Videokameras

Land bezuschusst Überwachung an Bahnhöfen. Verkehrsverbünde begrüßen das.

DÜSSELDORF Die Bahnhöfe in NRW sollen für eine höhere Sicherheit deutlich häufiger mit Video-Kameras ausgerüstet werden. Dafür wird das Land bis 2024 zehn Millionen Euro an Zuschuss auszahlen. Das kündigte NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) auf einem Kongress an. „Wir möchten, dass sich die Menschen wohl fühlen, wenn sie in den Zügen oder an den Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen unterwegs sind“, sagte Wüst. „Wenn Bahnen und Bahnhöfe zu guten Orten werden, macht das den ÖPNV wieder ein Stück attraktiver.“

Als Ziel soll jeder dritte Bahnhof mit Videokameras überwacht werden. Die aktuelle Zahl liegt deutlich niedriger, wobei allerdings die Bahnhöfe in den großen Städten schon jetzt sehr oft per Video kontrolliert werden. „Eine effektive Videoüberwachung an den Bahnhöfen und in den Zügen erhöht die Hemmschwelle für Gewalttaten und sorgt dafür, dass weniger Vandalismus und Graffitis zu beklagen sind“, sagt José Luis Castrillo, Vorstand des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR). Der Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) begrüßt die Hilfe. Der VRS – wie der AVV Teil des NVR – berichtete, ab 2021 würden in NRW 90 Prozent der Nahverkehrszüge mit Video ausgerüstet.

Offenbar kommt zusätzliches Sicherheitspersonal in Zügen bei den Fahrgästen gut an. 85 Prozent der Fahrgäste fänden es sehr positiv, dass auf ausgewählten Linien des VRR zusätzliche Mitarbeiter mitfahren. „Diese Sicherheitskräfte tragen dazu bei, Konflikten vorzubeugen und das Sicherheitsempfinden der Fahrgäste zu verbessern. Potenzielle Täter werden durch die deutlich sichtbare Präsenz und das konsequente Durchsetzen des Hausrechts abgeschreckt“, sagt VRR-Vorstand Ronald Lünser. (rky)

Neues Studienfach?

RWTH Aachen prüft Einführung von Grundschullehramt

AACHEN Lehrer an Grundschulen sind Mangelware. NRW versucht, mit etlichen Programmen dagegen vorzugehen. Wenn es nach der Städteregion Aachen und den Aachener Landtagsabgeordneten Werner Pfeil (FDP) und Hendrik Schmitz (CDU) geht, sollen es noch mehr werden, und zwar in Aachen. Nach etlichen Vorgesprächen prüft die Hochschule jetzt die Voraussetzungen für die (Wieder-)Einführung des Grundschullehramts an der RWTH und schätzt insbesondere die Kosten ab. Eine Willensbildung unter Einbeziehung der Fakultäten und der Gremien habe aber noch nicht stattgefunden, teilte Aloys Krieg, Prorektor für Lehre, auf Anfrage mit. „Vor diesem Hintergrund wird sich die RWTH an den weiteren Überlegungen ergebnisoffen beteiligen.“

Das NRW-Wissenschaftsministerium befindet sich aktuell mit der Staatskanzlei, dem NRW-Schulministerium und der RWTH in Gesprächen: „Die erfolgreiche Wiedereinführung eines Studiengangs bedarf einer gründlichen Vorbereitung, angefangen von der wissenschaftlichen Akkreditierung über die räumliche Unterbringung bis hin zu einer qualifizierten Personalgewinnung“, sagte ein Sprecher. (mgu)

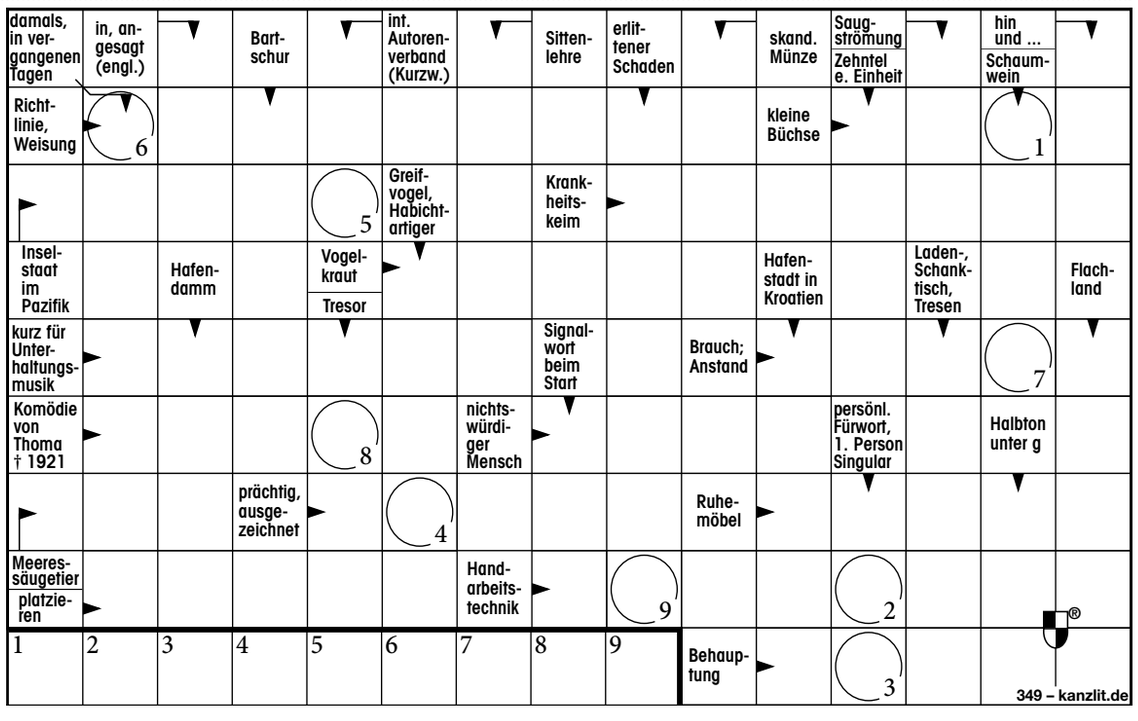
RÄTSEL-ECKE

		1				7	5	9
		9	6		2			
8	3						4	
9			8			5	1	
				4				
	4	3			9			7
	5						2	8
			2		6	3		
3	8	2				6		

Auflösungen der vorherigen Ausgabe

Schwedenrätsel

(1-9) Politesse

Sudoku

9	2	5	6	8	3	7	4	1
4	3	1	9	5	7	6	2	8
7	6	8	1	2	4	5	9	3
1	5	3	8	9	2	4	6	7
6	4	2	5	7	1	3	8	9
8	9	7	3	4	6	2	1	5
5	7	6	4	1	8	9	3	2
3	1	9	2	6	5	8	7	4
2	8	4	7	3	9	1	5	6